

Verkehrsunfall

Mit 1,7 Promille im Maisfeld gelandet

BAD RAGAZ In Bad Ragaz ist am Donnerstag ein Mann in einem Kreisels geradeaus gefahren. Danach überschlug er sich mit dem Auto und landete schliesslich in einem Maisfeld. Ein Alkoholest zeigte über 1,7 Promille an. Der 56-jähriger Mann sei von Bad Ragaz in Richtung Sargans unterwegs gewesen, teilte die St. Galler Kantonspolizei am Freitag mit. In der Mitte des Kreisels prallte er gegen einen Steinwall, das Auto überschlug sich ganz und geriet wieder auf die Räder. Schliesslich kam es in einem Maisfeld zum Stillstand. Der Fahrer wurde verletzt und musste ins Spital gebracht werden. Der Wagen erlitt Totalschaden. (sda)

Fenster eingedrückt

Einbrecher stahlen Lebensmittel aus Trübbacher Kiosk

TRÜBBACH In Trübbach ist es in der Nacht auf Donnerstag zu einem Einbruch in einen Kiosk an der Hauptstrasse gekommen. «Die Täter sind noch unbekannt», teilte die Kantonspolizei St. Gallen am Freitag mit. Die Täter konnten den Angaben zufolge durch ein eingedrücktes Fenster ins Gebäude gelangen, dort stahlen sie zahlreiche Lebensmittel und Getränke im Wert von rund 140 Franken. (red/pd)

ANZEIGE



Keine Kompromisse -
sicher ist sicher

Hermann Erni AG
9495 Trütschlen
+423 / 399 33 00
EFE

Gemeinnütziger Wohnungsbau: Ministerium spielt weiter auf Zeit

Förderung Seit Mitte Mai fordert die Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein Auskunft über ein mögliches zinsloses Darlehen gemäss Wohnbauförderungsgesetz für die Wohnanlage am Birkenweg. Das Ministerium will das Thema aber erst 2015 anpacken.

VON MICHAEL BENVENUTI

Liechtensteins erste gemeinnützige Wohnanlage nimmt immer mehr Gestalt an: Vergangene Woche wurde der Sieger des Architektur-Studienwettbewerbs gekürt. Der Spatenstich für die insgesamt 22 Wohneinheiten ist für Anfang 2015 geplant, bezugsfertig soll die Wohnsiedlung 2016 sein. Weiter offen ist allerdings, ob die einzelnen, förderungsberechtigten Genossenschaftsmitglieder vom Staat ein zinsloses Darlehen erhalten. Ein solches hätte für förderungswürdige Mieter spürbare Auswirkungen: Pro Monat könnte der Mietzins für eine 4-Zimmer-Wohnung 150 bis 250 Franken tiefer ausfallen. Für Harald Beck, Präsident der Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein, steht längst ausser Frage: Gemäss Artikel 49 des Wohnbauförderungsgesetzes ist die Förderung gesetzlich verankert und ein Antrag daher gerechtfertigt. Bereits Mitte Mai forderten die Genossenschaftsmitglieder daher Auskunft von der Regierung, wie ein entsprechender Antrag formuliert sein müsste, oder ob allenfalls Gesetz und Verordnung geändert werden müssten. «Der Gesetzgeber ist schlussendlich auch in der Verantwortung, das Gesetz und die Verordnung der Zeit anzupassen. Die Wohnbaugenossenschaft und die Gemeinden, wie beispielsweise Vaduz, leisten bereits ihren Teil zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau in Liechtenstein.»

Treffen mit Regierung ohne Ergebnis
Ende August gab es ein Treffen zwischen Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer und den Verantwort-



Am Birkenweg in Vaduz: So wird Liechtensteins erste gemeinnützige Wohnanlage aussehen. (Illustration: ZVG)

lichen der Wohnbaugenossenschaft, eine Lösung scheint aber noch immer in weiter Ferne. Grundsätzlich ist man sich einig, dass der gemeinnützige Wohnungsbau eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Wohnformen sein wird. Auch war es allen wichtig zu betonen, dass im konkreten Anlassfall nicht die Gemeinde Vaduz an sich, sondern die einzelnen Personen, welche die einkommens- und vermögensrechtlichen Anforderungen erfüllen, gefördert werden sollen. Wie Harald Beck gegenüber dem «Volksblatt» ausführt, werde die Re-

gierung dennoch erst in den kommenden Monaten einen Weg skizzieren, wie und bis wann das Thema «zinslose Darlehen für den gemeinnützigen Wohnungsbau» umgesetzt werden könnte. Als Grund für die Verzögerungen nannte Amann-Marxer «begrenzte Arbeitskapazitäten», erklärt Beck. Dass die Regierung erst 2015 eine allfällige Gesetzesanpassung initiieren will, ist für den Präsidenten der Wohnbaugenossenschaft nicht nachvollziehbar und «ein Spiel auf Zeit»: «Die förderungsberechtigten Genossenschaftsmitglieder leben in der

Gegenwart, geplanter Bezug der Wohnungen ist 2016.» Beck drängt deshalb darauf, die offensichtliche Ungleichbehandlung schnellstmöglich aus der Welt zu schaffen: «Das gültige Wohnbauförderungsgesetz ermöglicht bereits heute eine Förderung von Eigentumsbesitzern, wenn die Einkommensgrenzen und Wohnflächen eingehalten werden. Genossenschaftler sind Mieter und Eigentümer und werden heute diskriminiert. Es herrscht ein Ungleichgewicht, das vom Gesetzgeber sicher nicht vorgesehen ist.»

Revitalisierung Alpenrhein

Mögliche Aufweitungen am Beispiel von Bendern und Vaduz



Alpenrhein zwischen Schaan-Buchs und Bendern-Haag: Status quo (links) und visualisierte Aufweitung (rechts).



Der Rhein bei Vaduz aktuell (oben) und nach der Aufweitung (unten).

Rhein-Pläne der Freien Liste sorgen für grosse Aufregung

Widerstand Norman Kind, Landwirt und VBO-Vizepräsident, äussert deutliche Kritik an den Anregungen der FL zur Renaturierung des Alpenrheins.

Die ersten Aufweitungen des Alpenrheins am Unter- und Oberlauf sind derzeit in Planung und sollen dem Patienten Rhein rasche Besserung bringen. Auf dem schweizerisch-liechtensteinischen Abschnitt hapere es allerdings mit der Umsetzung, klagten Politiker dies- und jenseits

des Rheins. Die Landtagsfraktion der Freien Liste hat vor wenigen Tagen eine entsprechende Interpellation eingereicht (das «Volksblatt» berichtete). Die Regierung wird darin unter anderem angefragt, ob sie sich für die Verbesserung der Lebensräume einsetze.

Noch bevor sich die Regierung mit dem Thema befasst hat, gibt es Kritik an den Anregungen der Freien Liste. Mit der geforderten Aufweitung würde den heimischen Bauern der wertvollste Boden für Gemüse weggenommen, klagt Norman Kind, Landwirt in Bendern und Vizepräsi-

dent der Vereinigung bäuerlicher Organisationen, im «Volksblatt»-Gespräch. Auch der Zeitpunkt für ein solches Projekt sei denkbar schlecht, kritisiert Kind: «Überall wird massiv gespart und dann sollen hier viele Millionen ausgegeben werden.» Ausserdem stellt sich Kind die Frage,

wie diese Ausweitungen mit den bestehenden Grundwasserschutzzonen zu vereinbaren wären. Dass sich auch Schweizer Politiker für das Projekt in Liechtenstein stark machen, wundert Kind hingegen nicht: «Schliesslich müsste die Schweiz ja keinen Boden hergeben.» (mb)